



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 26.11.2009, 18:00 Uhr,
im Paul-Wunderlich-Haus, Kreistagssaal
(Erdgeschoss Haus A), Am Markt 1, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 22.10.2009
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen der Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. - Berichterstattung des ZWA zur aktuellen Situation in Eberswalde
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - Berichterstattung bzgl. der Verwendung umweltfreundlichen Papiers (Beschluss-Nr.: 7-84/09)
 - Abschlussbericht zum Freizug des Verwaltungsstandortes Dr.-Zinn- Weg
9. Informationsvorlagen
- 9.1 **Vorlage:** I/017/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 – Stadtentwick-
lungsamt
Bebauungsplan Nr. 130 "Eichwerderring" - Bericht über die
frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung

10. Anfragen und Anregungen von Fraktionen u. Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
11. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen
12. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
13. Bestellung von Mitgliedern in den Seniorenbeirat
14. Ab- und Bestellung von Mitgliedern des Kinder- und Jugendparlamentes
15. Ab- und Bestellung eines Mitgliedes und eines/einer Stellvertreters/in aus und in den Zoobeirat
16. Genehmigung von Eilentscheidungen
17. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 17.1 **Vorlage:** BV/294/2009 **Einreicher/zuständige Dienststelle:** Fraktion GRÜNE B90, Fraktion Die Fraktionslosen
Besetzung der Aufsichtsräte in den städtischen Unternehmen
 - 17.2 **Vorlage:** BV/287/2009 **Einreicher/zuständige Dienststelle:** 17 – Steuerungsdienst
Veränderung der Gebührenstruktur beim Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde
 - 17.3 **Vorlage:** BV/281/2009 **Einreicher/zuständige Dienststelle:** 20 – Kämmerei
Haushaltssatzung 2010
 - 17.4 **Vorlage:** BV/270/2009 **Einreicher/zuständige Dienststelle:** 20 – Kämmerei
Vergnügungssteuersatzung der Stadt Eberswalde
 - 17.5 **Vorlage:** BV/272/2009 **Einreicher/zuständige Dienststelle:** 61 – Stadtentwicklungsamt
Satzung zur Aufhebung der Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für das Stadtzentrum von Eberswalde vom 20.11.1997

- 17.6 **Vorlage:** BV/255/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 – Stadtentwick-
lungsamt
Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Umle-
gungsausschusses der Stadt Eberswalde - Entschädigungssat-
zung für den Umlegungsausschuss -
- 17.7 **Vorlage:** BV/273/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 – Stadtentwick-
lungsamt
Bebauungsplan Nr. 134/1 "Töpferstraße" - Behandlung der
Stellungnahmen
- 17.8 **Vorlage:** BV/275/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 – Stadtentwick-
lungsamt
Bebauungsplan Nr. 608 "Märkische Heide I" - Aufhebung des
Einleitungsbeschlusses des 2. Änderungsverfahrens - Ein-
leitung des 3. Änderungsverfahrens
- 17.9 **Vorlage:** BV/285/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 – Stadtentwick-
lungsamt
Projekt am Standort - Puschkinstraße 13 - Beschluss über
die Finanzierung der Kita
- 17.10 **Vorlage:** BV/284/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 40 – Amt für Bildung,
Jugend und Sport
Projekt am Standort Puschkinstraße 13 - Beschluss über die
Vorzugsvariante
- 17.11 **Vorlage:** BV/271/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 – Stadtentwick-
lungsamt
Fortschreibung des Integrierten programmübergreifenden
Stadtteilentwicklungskonzeptes für das Brandenburgische
Viertel (IPStEK 2009)

- 17.12 **Vorlage:** BV/282/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 20 - Kämmerei
Umsetzung der Vereinbarung über die den Zoologischen Garten Eberswalde betreffende Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde - Haushaltsplan 2010
- 17.13 **Vorlage:** BV/289/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim
Rabattmaßnahmen im Zoo
- 17.14 **Vorlage:** BV/231/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 41 - Kulturamt
Kulturkonzeption
- 17.15 **Vorlage:** BV/283/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport
23 - Liegenschaftsamt
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Kita Sonnenschein
02.3 - Dezernat III
- 17.16 **Vorlage:** BV/296/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim,
Fraktion Die Fraktionslosen
Erdverkabelung der "Uckermarkleitung" im Gebiet der Stadt Eberswalde
- 17.17 **Vorlage:** BV/295/2009 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 23.1 - SG Facility-Management
Lieferung elektrischer Energie

TOP 1:

Frau Dr. Pischel, Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 18.00 Uhr.

TOP 2:

Frau Dr. Pischel stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3:

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor.

Herr Zinn merkte schriftlich an, dass auf der Seite 7, zu 4., 2. Absatz, 1. Satz das Wort „Sprecherrat“ durch das Wort „Ortsbeirat“ zu ersetzen ist.

Es gibt keine mündlichen Einwendungen.

Der geänderten Niederschrift wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 4:

Herr Boginski teilt mit, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage BV/283/2009 „Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Kita Sonnenschein“ zurückzieht.

TOP 5:

5.1 Zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Müller in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 bzgl. des Tourismuskonzeptes übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Boginski.

Herr Boginski beantwortet die Anfrage (**Anlage 2**).

5.2 Zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Timm in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 hinsichtlich der Umsetzung der Konzepte INSEK und Tourismuskonzept übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Götze.

Herr Götze beantwortet die Anfrage (**Anlage 3**).

5.3 Zur Beantwortung der Anfrage von Frau Pietzner in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 bzgl. eventueller Mehrkosten beim Bau des Eichwerderrings und der vorzunehmenden Lärmschutzmaßnahmen übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Götze.

Herr Götze beantwortet die Anfrage (**Anlage 4**).

5.4 Zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Steiner in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 zur 380-KV-Freileitung übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Götze.

Herr Götze beantwortet die Anfrage (**Anlage 5**).

5.5. Zur Beantwortung der Anfrage von Frau Oehler in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 zur zusätzlichen Schaffung

von Fahrradabstellanlagen im Altstadtquartier übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Götze.
Herr Götze beantwortet die Anfrage (**Anlage 6**).

5.6 Zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Mai in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 zur Herstellung der „Grünen Welle“ auf der B 167 übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Götze.
Herr Götze beantwortet die Anfrage (**Anlage 7**).

5.7 Hinsichtlich der von Frau Oehler und Frau Dr. Brauns in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 vorgetragenen Bitte, dass die Verwaltung prüfen sollte, ob einige von ihnen bezeichnete Grabsteine auf dem Friedhof Nordend erhalten bleiben können, übergibt Frau Dr. Pischel das Wort an Herrn Götze.
Herr Götze teilt mit, dass im Rahmen der Grünflächenpflege die Wege und Grabstätten verdienter Bürger (Dr. Karl-August Zinn, Karl Zinn, Dr. Gillwald und Dr. Donalis) auf dem Friedhof in Nordend betreut und weitere Grabstätten in das Pflegeprogramm der Friedhofbewirtschaftung aufgenommen werden. Die Wegebeziehungen zu den zu erhaltenden Grabstellen bleiben bestehen.

5.8 Herr Passoke regt an, die Anfragen per Beamer an die Leinwand zu übertragen. Dies wäre für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Stadtverordneten übersichtlicher.

TOP 6:

6.1 Herr Kaeber, Boldtstraße 8a, 16225 Eberswalde

Herr Kaeber spricht im Namen von Anwohnerinnen und Anwohner der Boldtstraße. Herr Kaeber bezieht sich auf die Aussagen des amtierenden Baudezernenten, Herrn Götze, in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 zum Verkehrslärm in der Boldtstraße. Er bemängelt den immer noch vorhandenen unerträglichen Verkehrslärm, die Feinstaubemissionen und Erschütterungen, insbesondere durch den immer noch zunehmenden Schwerlastverkehr. Seit vielen Jahren versuchen die Anwohner/innen der Boldtstraße die Belästigungen deutlich zu machen und diese abzumindern. Um das Problem zu lösen, haben sich die Anwohner/innen auf vielfältigste Weise engagiert und artikuliert. Auch durch die Erstellung des Luftreinhalteplanes, des Lärminderungsplanes, WISTEK, welche konkrete Maßnahmen für die Boldtstraße enthalten, hat sich bis zum heutigen Zeitpunkt nichts geändert. Anregungen, wie Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h, für den beidseitig bewohnten Straßenabschnitt sind nach den Aussagen des Bauamtes nicht möglich. Herr Kaeber erklärt, dass Lärmmessungen Werte von 70 Dezibel abschnittsweise ergaben und damit zulässige Grenzen überschreiten. In der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 erklärte Herr Götze jedoch, dass keine Grenzwerte überschritten werden. Herr Kaeber führt aus, dass das für ihn neu ist, dass die Anwohner/innen, welche westlich wohnen, mit 72 Dezibel und Anwohner/innen welche östlich wohnen, mit 70 De-

zibel belastet werden können. Die Anwohner/innen sind der Meinung, dass diese Grenzen entschieden zu hoch sind. Dass Gesundheitsbeeinträchtigungen bei weit aus geringeren Lärmpegelwerten auftreten können, ist durch das Landesumweltamt und im Lärmaktionsplan der Stadt ausdrücklich festgeschrieben. Herr Kaeber ist der Meinung, dass das von ihm geschilderte Problem und die Diskussion zur „Grünen Welle“ in der Stadt deutlich zeigen, wie wenig engagiert die Verwaltung und das Bauamt an wichtigen Zielen für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet. Es sollten endlich die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und zügig umgesetzt werden.

Herr Kaeber merkt an, dass auf eine schnelle nichtssagende Antwort verzichtet wird. Er teilt mit, dass der Bürgermeister ein Schreiben von Anwohner/innen der Boldtstraße erhalten hat und eine baldige und konkrete Antwort von ihm erwartet wird.

Herr Boginski teilt mit, dass er die Meinung von Herrn Kaeber bezüglich der nicht engagierten Mitarbeiter der Verwaltung nicht teilen kann. Herr Boginski erklärt, dass in den letzten 20 Jahren erhebliche Veränderungen in der Boldtstraße vorgenommen wurden. Herr Boginski führt aus, dass die Verwaltung sehr intensiv daran gearbeitet hat, eine Lösung des Problems im Rahmen ihrer Möglichkeiten, zu schaffen. Mit den Anwohnern der Boldtstraße wurden Gespräche geführt, um eine Lösung zu suchen, ohne Belastung für Anwohner anderer Straßen.

6.2 Frau Ida Rätzer, Poratzstraße 10, 16225 Eberswalde

6.2.1 Frau Rätzer bezieht sich auf den Artikel in der Märkischen Oderzeitung vom 24.11.2009 „Wasser und Abwasser werden teurer“. Sie teilt mit, dass die Eigenheimbesitzer gegenüber den kommunalen Wohnungen zu hohe Grundgebühren bezahlen müssen. In dem Artikel heißt es, dass der Trinkwasserverbrauch seit Jahren zurück ginge. Frau Rätzer versteht nicht, dass durch den geringeren Verbrauch von Trinkwasser die Unterhaltskosten erhöht werden.

Auch durch die Einführung einer neuen Zählergröße für Eigenheime ist aus ihrer Sicht noch kein Gleichheitsprinzip herzustellen.

Sie führt aus, dass die Eigenheimbesitzer bisher 300 € pro Jahr zahlten und zukünftig 276 € zu zahlen haben und zieht einen Vergleich zu den kommunalen Wohnhäusern mit 4 Mietparteien, in denen die Mieter 114 € zahlen müssen.

6.2.2 Frau Rätzer fragt, ob der ehemalige Bürgermeister, Herr Schulz, immer noch Bezüge von der Stadt erhält. Wenn ja, findet sie das sehr traurig. Sie bezieht sich auf die Entlassung von Herrn Dr. Prüger und ist der Meinung, dass das eine Verschwendung von Steuergeldern sei.

6.3 Herr Rolf Richter, Eisenbahnstraße 30, 16225 Eberswalde
Herr Richter gibt seine Fragen schriftlich zur Niederschrift
(Anlage 8).

Zu 1.

Herr Boginski führt aus, dass eine Investorenfreundlichkeit in der Stadt Eberswalde existiert.

Zu 2.

Bezüglich der Aussage eines fehlenden Saales für Kulturzwecke teilt Herr Boginski mit, dass im Paul-Wunderlich-Haus hervorragende Konzerte und Ausstellungen durchgeführt wurden und werden und damit ein Kulturzentrum existiert. Herr Boginski hebt das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger hervor, ohne sie wäre eine Gestaltung der Kultur in Eberswalde nicht möglich.

Herr Richter wird eine schriftliche Antwort erhalten.

Herr Zinn nimmt ab 18.29 Uhr an der Sitzung teil **(32 Anwesende)**.

6.4 Herr Wolfgang Bauer, Fritz-Weineck-Straße 48, 16227
Eberswalde

6.4.1

Herr Bauer unterstützt das Gesagte von Herrn Boginski. Er ist der Meinung, dass das Paul-Wunderlich-Haus insgesamt ein gelungenes Werk sei. Die Stadt kann sich glücklich schätzen, dass sie so einen Bau zur Präsentation der Paul-Wunderlich-Werke hat.

6.4.2

Herr Bauer bezieht sich auf die Rekonstruktionsmaßnahmen durch die WHG mbH der Häuser (Plattenbau) in der Fritz-Weineck-Straße. Er erklärt, dass die Entlüftungsanlage entfernt und die Fenster verdichtet wurden. Durch das durchgehende Fenster zwischen Bad und Küche ist eine Kältebrücke entstanden. Während der Heizperiode entwickelt sich an den Fenstern Schwitzwasser, welches auch durch Lüften der Räume nicht verschwindet. Durch die damals existierende Entlüftungsanlage waren diese Probleme nicht vorhanden. Die Folge der nicht mehr vorhandenen Entlüftungsanlage ist, dass sich ständig Zigarettenrauch im Treppenhaus befindet, welcher sich gesundheitsschädigend auf die Mieter/innen auswirken kann.

Er ist der Meinung, dass durch die bauausführenden Firmen gegen geltendes Baurecht verstoßen wurde. Die Folge ist, dass sich im sanierten Treppenhaus Setzungsrisse gebildet haben.

6.4.3

Er bezieht sich auf Baumaßnahmen, welche der Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde an Wasser-

leitungen durchführt und weist darauf hin, dass diese rechtzeitig in der Presse bekannt gegeben werden sollten. Er ist der Meinung, dass speziell durch Anschlüsse neuer Wasserleitungen in der Erich-Steinfurth-Straße, eine Verschmutzung des Trinkwassers in den letzten acht Wochen die Folge war.

Herr Boginski erklärt, dass er die Probleme bezüglich der Rekonstruktion der Wohnblöcke im Aufsichtsrat der WHG mbH vortragen wird. Herr Bauer wird von der Geschäftsführung der WHG mbH eine Antwort erhalten.

6.5 Frau Roswita Ludwig, Nagelstraße 26, 16225 Eberswalde
Frau Ludwig gibt ihren Wortbeitrag schriftlich zur Niederschrift (**Anlage 9**).

Frau Dr. Pischel teilt mit, dass Frau Ludwig eine schriftliche Antwort erhalten wird.

Im Nachhinein teilt Frau Ludwig mit, dass Frau Michalke, Vertreterin der „Bürgerinitiative gegen den Eichwerderring“, eine Unterschriftenliste mit 774 Unterschriften in Form eines Einwohnerantrages dem Bürgermeister Herrn Boginski übergeben wird.

6.6 Herr Friedbert Gröger, Uckermarkstraße 44, 16227 Eberswalde
Herr Gröger nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage BV/287/2009 „Veränderung der Gebührenstruktur beim Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde“ und teilt mit, dass er ein Wochenendgrundstück besitzt. Bisher hat er 9,25 € für 1 m³ Abwasser aus der Sammelgrube bezahlt. Auf der Grundlage der neuen Fassung müsste er aber 6,30 € je m³ und eine Grundgebühr monatlich in Höhe von 14,00 € bezahlen. Er kritisiert, dass er ca. 300 % mehr bezahlen müsste als bisher und ist der Meinung, dass dies nicht rechtens sein kann.

Herr Gröger bezieht sich auf einen Artikel in der Zeitung, der beinhaltet, dass dies alles „moderat“ wäre und fragt die Anwesenden, was unter dem Wort „moderat“ zu verstehen wäre.

Frau Dr. Pischel führt aus, dass Herr Hein im Rahmen seiner Berichterstattung eine Antwort geben wird.

6.7 Frau Yvonne Michalke, Eichwerderstraße 64, 16225 Eberswalde
Frau Michalke spricht im Namen von betroffenen Anwohner/innen des „Eichwerderrings“. Sie führt aus, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 10.11.2009 die Beschlussvorlage BV/266/2009 „Östliche Altstadtumfahrung, 1. Ausbaustufe der Entwurfsplanung der Verkehrsanlage Eichwerderring“ behandelt und ihr mehrheitlich zugestimmt wurde. Weiterhin teilt sie mit, dass am 21.11.2009 eine öffentliche Vermessung der Eichwerderstraße durchgeführt wurde. Dabei wurde festgestellt dass in Höhe der Eichwerderstraße Nr. 1 bis 78 ei-

ne Breite von nur 5,74 m vorhanden ist. Damit ist die Voraussetzung für einen Ausbau der Straße von 6,50 m Breite nicht gegeben. Sie kann nicht verstehen, dass eine Entwurfsplanung laut Aussagen von Frau Köhler nicht zu verändern ist.

Ihr fehlt das Verständnis dafür, dass, wenn die Eichwerder Straße nicht auf 6,50 m Breite ausgebaut werden könnte, die Hausbergtrasse, die in der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2009 Beschlussvorlage BV/222/2009 „Verkehrsentwicklungsplan Beschluss über die Vorzugsvariante zur östlichen Altstadtumfahrung (2. Ausbaustufe)“ beschlossen wurde, nicht abgeschlossen werden könnte. Daraus erschließt sich ihr, dass der Eichwerderring Bestand haben und die Hausbergtrasse nicht gebaut werden soll.

Weiterhin teilt Frau Michalke mit, dass, laut einer Studie in Berlin, bei Straßen, in denen die höchstzulässige Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h herabgesetzt wurde, der Lärmpegel um 50 % verringert wurde.

Sie erklärt, dass aus den o. g. Gründen mit dem Architektenbüro Hunger eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h für die Eichwerder Straße und eine Breite der Straße von 5,50 m erarbeitet wurde. Frau Michalke erklärt, dass sie auf eine Nachfrage bei Frau Leuschner, die Antwort erhielt, dass jetzt die Stadt plant. Sie kann nicht verstehen, wie so eine bürgernahe Zusammenarbeit seitens der Stadt erfolgen soll.

Frau Michalke führt weiterhin aus, dass sie mit ihrer Familie wegziehen wird, sollte der Eichwerderring beschlossen werden. Sie bekräftigt noch einmal, dass eine Korrektur in der Entwurfsplanung vorgenommen werden soll und zwar die Änderung der Straßenbreite auf 5,50 m.

Herr Boginski teilt mit, dass Frau Michalke eine schriftliche Antwort erhalten wird.

Frau Michalke übergibt die von Frau Ludwig bereits angekündigte Unterschriftenliste an Herrn Boginski.

6.8 Herr Tino Taube, Eberswalder Straße 2, 16227 Eberswalde

Herr Taube teilt mit, dass durch den starken Regen im Monat Juli 2009 das Regenrückhaltebecken im Brandenburgischen Viertel gebrochen ist und infolge dessen sein Grundstück überflutet wurde. Er bemängelt, dass bis zum heutigen Tage keinerlei Bauaktivitäten zu erkennen sind und fragt nach dem Stand der Baumaßnahmen.

Herr Boginski sagt eine Prüfung und eine schriftliche Antwort zu.

6.9 Herr Wolfhard Noske, Kastanienweg 8, 16225 Eberswalde

Herr Noske bezieht sich auf die heute vorliegende Beschlussvorlage I/017/2009 „Bebauungsplan Nr. 130 „Eichwerderring“ – Be-

richt über die frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung“ und weist darauf hin, dass die Stadtverordneten eine besondere Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben. Er ist der Meinung, dass der Bau des Eichwerderrings eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt und keine Vorteile, sondern nur Nachteile für die Bürger/innen mit sich bringt. Anstelle von 400 m gerader Straßenführung durch die Stadt sollen 1000 m kurvenreiche Strecke durch ein umstrittenes Wohngebiet geführt werden, obwohl jedermann weiß, dass die B 167 n gebaut werden muss. Mindestens 2 Jahre Bautätigkeit in der Stadt an solchen Schwerpunkten, wie der Friedensbrücke, der Eichwerder Straße und Breite Straße, die für die Stadt eine unnötige Belastung bedeutet. Die Bollwerkstraße, 200 m der Marienstraße und die Kreuzung an der Friedensbrücke wurden vor wenigen Jahren mit einer neuen Asphaltdecke überzogen. Vor 5 Jahren wurde die Kreuzung Eichwerder Straße/Breite Straße und 100 m der Eichwerder Straße von Grund auf saniert. Es müssten lediglich nur noch ca. 400 m mit einer Asphaltdecke überzogen werden und wir hätten ein Provisorium für eine geringe Zeit. Er bittet die Stadtverordneten, den Bau der B 167 n voranzutreiben.

Frau Dr. Pischel beendet die Einwohnerfragestunde um 19.00 Uhr.

TOP 7:

Frau Dr. Pischel begrüßt Herrn Hein, Verbandsvorsteher und Herrn Lux, stellvertretender Verbandsvorsteher des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde

Herr Hein beantwortet die Anfragen in der Einwohnerfragestunde wie folgt:

Zur Anfrage von Frau Ida Rätzer:

Herr Hein führt aus, dass der Artikel in der Märkischen Oderzeitung sicherlich zum Disput herausgefordert hat, hält ihn aber persönlich für effektiv.

Herr Hein lädt Frau Rätzer zur Verbandsversammlung, welche am 09.12.2009 stattfinden wird und zu einem persönlichen Gespräch herzlich ein, um sich über ihre Problematik zu verständigen.

Zur Anfrage von Herrn Bauer:

Herr Hein teilt mit, dass grundsätzlich die Anweisung gilt, dass bei geplanten Baumaßnahmen eine entsprechende Information in der Presse zu erfolgen hat.

Herr Hein wird eine Prüfung vornehmen.

Herr Hein erklärt, dass natürlich bei Havarien unverzüglich gehandelt werden muss und daher eine Information in der Presse nicht mehr möglich ist. Er weist darauf hin, dass bei Baumaßnahmen, die eine längere Zeit in Anspruch nehmen, der ZWAE sehr bürgerfreundlich verfährt, in dem er solche Maßnahmen in den Nachtstunden durchführt.

Herr Hein teilt mit, dass auch Herr Bauer, falls noch Gesprächsbedarf bestehen sollte, herzlich zur Verbandsversammlung am 09.12.2009, wie auch zu einem persönlichen Gespräch, eingeladen ist.

Zur Anfrage von Herrn Gröger:

Herr Hein bittet Herrn Gröger zu bedenken, dass was bei der mobilen Entsorgung nachgeholt werden soll, ist schon seit vielen Jahren bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung Gang und Gäbe. Hier werden Grundgebühren seit langem erhoben. Herr Hein lädt auch Herrn Gröger zur Verbandsversammlung am 09.12.2009 herzlich ein.

Herr Hein hält einen ausführlichen Vortrag anhand einer Power-Point-Präsentation.

Herr Hein bittet darum, in der Beschlussvorlage BV/287/2009 folgende Korrektur vorzunehmen: In der Anlage wird bei der Trinkwasserversorgung der Betrag von „1,25 €“ in „1,20 €“ geändert.

TOP 8:

8.1

Herr Boginski informiert über:

- den Besuch des Unternehmens Orgelbauwerkstatt in Eberwalde
- den Besuch des Unternehmens MEBATEC-Kaiser GmbH & Co.KG
- die Beratung mit der Kreishandwerkerschaft am 28.10.09
- den Kontakt mit dem Betriebsrat der Deutschen Bahn AG – Dank für das Engagement der Stadt
- das Insolvenzverfahren des Walzwerkes, welches bald erfolgreich abgeschlossen werden kann
- die Übergabe eines Bescheides von der KMU-Förderung an Frau Puppe-Mahler
- die Gespräche mit Herrn Götze zum Stadtumbau
- die Gedenkveranstaltung an der Synagogenfläche, Ausstellung im Museum „20 Jahre friedliche Revolution“ am 09.11.09
- den Workshop zur Entwicklung der Synagogenfläche
- das Sicherheitsforum am 24.11.09
- die Eröffnung des „AltstadtCarrée“
- die Gespräche mit Vattenfall bzgl. der 380 KV-Leitung
- die Personalversammlung am 20.11.09
- den Besuch beim Projektstab Beschäftigungsförderung
- die eingegangenen 25 Bewerbungen für die Stelle des Baudezernenten
- die Eröffnung des Weihnachtsmarktes am 27.11.09
- die Übergabe der Freifläche Messingwerk am 30.11.09
- 135 Jahre Standesamt
- Tour de Toleranz 2010, die am 11.09.2010 in Eberswalde starten wird

8.2 Herr Zinn:

- zur Fachkräftesicherung

Herr Zinn hat mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass Unternehmen z. B. auf dem TGE-Gelände mitteilten, dass sie keine Lehrlinge einstellen können.

Er stellt sich die Frage, ob es daran liegt, dass das Bildungsniveau in Eberswalde und im Landkreis Barnim, mit seiner großen Bildungsinitiative, so schlecht ist. Oder stimmen andere Rahmenbedingungen nicht, dass die guten Leute die Stadt verlassen und die schlechten hierbleiben.

- zur Deutschen Bahn AG

Er teilt mit, dass im Anhang des Schreibens von der Stadt an die Deutsche Bahn AG vielleicht das Brandenburgische Viertel mit dazu beigetragen hat, der Konzern-Geschäftsführung aufzuzeigen, was auch passieren kann, wenn Arbeitsplätze in Größenordnungen in dieser Region vernichtet werden.

- zur Sicherheitsforum am 24.11.09

Herr Zinn informiert, dass dieses Forum schwach besucht war. Hierfür gab es viele subjektive und objektive Faktoren. Hierzu sollte sich sowohl die Verwaltung als auch der Fachausschuss verständigen. Herr Zinn ist der Meinung, dass man mit der Ordnung und Sicherheit anders umgehen muss. In den 5 Einwohnerversammlungen, in denen Herr Zinn anwesend war, hat dieses Thema eine große Rolle gespielt.

- zur Personalversammlung am 20.11.2009

Herr Zinn bezieht sich auf die Pressemitteilung, die bei ver.di große Beachtung gefunden hat. Er führt aus, dass die Verwaltung mit dem Presseartikel bundesweit Schlagzeilen macht, nur nicht im positiven Sinne. Am 30.11.2009 wird zu entscheiden sein, ob die Unterhändler nachweisen können, ob es nur bei Sondierungsgesprächen bleibt, oder ob die Voraussetzungen geschaffen sind, dass der Haustarifvertrag verlängert oder nicht verlängert werden kann. Er macht deutlich, dass es klare Regularien zur Führung von Tarifverhandlungen gibt und er bittet die Verwaltung, diese auch einzuhalten. Herr Zinn, als Gewerkschafter, findet es nicht in Ordnung, dass in dieser Pressemitteilung die Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen wurden, die Gewerkschaft zu verlassen.

8.3 Frau Oehler:

Frau Oehler bezieht sich auf einen Artikel zur Fördermittelübergabe an die Buchhandlung Puppe-Mahler in der Märkischen Oderzeitung. Sie bittet darum, dass über Abfluss der KMU-Mittel eine Information im Finanzausschuss gegeben wird.

8.4 Herr Nerbe:

Herr Nerbe fragt, ab wann in die Bewerbungsunterlagen für die Stelle des Baudezernenten Einsicht genommen werden kann.

8.5 Herr Gatzlaff informiert:

- dass in die Bewerbungsunterlagen ab sofort eingesehen werden kann
- über den Stand zu den Verhandlungen zum Haustarifvertrag
- über die Führung des Haustarifvertrages seit dem Jahr 2004
- über die Verlängerung des Haustarifvertrages im Jahr 2007
- das Auslaufen des Vertrages zum 31. Juli 2010
- die Verlängerung des Tarifvertrages bis zum 31.12.2012 – Ziel der Verwaltungsspitze und der Mitarbeiter/innen
- die Ablehnung der Gewerkschaft ver.di am 16. Juli 2009 zur Verlängerung des Vertrages
- zu den Diskussionen mit ver.di, der VKA und dem Kommunalen Arbeitgeberverband zum Eintritt in die Tarifvertragsverhandlungen
- über die Information von ver.di am 10.11.09, dass kein Interesse an der Verlängerung des Haustarifvertrages besteht
- zur Übersendung notwendiger Unterlagen an ver.di
- die Ablehnung der Teilnahme von ver.di an der Personalversammlung
- das geplante Gespräch mit ver.di am 30.11.2009
- über die Schwierigkeiten, den Haushalt auszugleichen

8.6

Herr Dr. Steiner:

Herr Dr. Steiner teilt mit, dass er als Mitglied des Bezirksvorstandes ver.di sich mit den Aussagen von Herrn Gatzlaff nicht einverstanden erklären kann. Er ist der Meinung, dass was die Verwaltung plant, ist eine Konsolidierung des Haushaltes zu Lasten der Mitarbeiter/innen. Weiterhin kritisiert er den Aufruf der Verwaltung zum Austritt aus der Gewerkschaft.

Frau Bunge:

Frau Bunge erklärt, dass zu dem Zeitpunkt als sich die Mitarbeiter/innen für eine Verlängerung des Tarifvertrages ausgesprochen haben, betriebsbedingte Kündigungen noch kein Thema waren.

8.7 Frau Röder:

Frau Röder fragt, ob der Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder aus der Gewerkschaft auszutreten, der Wahrheit entspricht.

Herr Gatzlaff:

Herr Gatzlaff teilt mit, dass er eine Pressemitteilung verfasst hat, in der das bisherige Verfahren ausführlich geschildert ist. Er erklärt, dass die Gewerkschaft keinerlei Gesprächsbereitschaft zeigte. Die Pressemitteilung beinhaltete auch, dass, wenn die Gewerkschaft nicht die Interessen ihrer Mitglieder

vertritt, dann sollten die Gewerkschaftsmitglieder austreten.

- Berichterstattung bzgl. der Verwendung umweltfreundlichen Papiers (Beschluss.: 7-84/09)

Herr Gatzlaff führt aus, dass durch die Verwendung des umweltfreundlichen Papiers von den Ämtern keine negativen Aussagen vorliegen. Im SG Zentrale Dienste treten bei größeren Druckaufträgen Probleme wie Papierstau und Geruchsbelästigungen auf. Herr Naumann fragt, ob eine Aussage über finanzielle Auswirkungen gegeben werden kann.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass durch den höheren Abrieb des umweltfreundlichen Papiers es möglicherweise zu einer größeren Verunreinigung der Kopier- und Drucktechnik kommen kann. Herr Gatzlaff erklärt, dass die Verwaltung den Beschluss 7-84/09 bis auf weiteres umsetzen wird.

Herr Nerbe regt an, dass sich die Verwaltung Erkundigungen beim Landkreis über Langzeitschäden beim Einsatz des umweltfreundlichen Papiers einholt.

- Abschlussbericht zum Freizug des Verwaltungsstandortes Dr.-Zinn-Weg

Herr Bessel informiert ausführlich anhand einer Power-Point-Präsentation über den Abschlussbericht, insbesondere:

- Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an die Verwaltung
- Stand der Umsetzung
- Darstellung der getätigten Ein- und Auszahlungen für die Jahre 2008/2009
- laufende Kosten

Fazit: Der Freizug des Verwaltungsstandortes Dr.-Zinn-Weg, der einherging mit dem Umbau einer Teilfläche der ehemaligen Bibliothek für das Bauamt, des Umbaus der ehemaligen BARMER-Fläche für das Bauordnungsamt und das Stadtentwicklungsamt, Schaffung eines Parkplatzes an der Bergerstraße sowie diverser Umzüge im Rathaus und im Barockhaus wurden unter Einhaltung des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Finanzierungsrahmens umgesetzt. Bei den laufenden Betriebskosten konnte durch den Freizug eine Ersparnis erwirtschaftet werden von ca. 29 T€. Diese beinhaltet auch die Einsparung einer Hausmeisterstelle.

Es wird eine Pause von 20 Minuten eingelegt.

Frau Stüber nimmt ab 20.10 Uhr an der Sitzung teil (**33 Anwesende**).

TOP 9:

TOP 9.1:

Vorlage: I/017/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 61 – Stadtentwick-
lungsamt

**Bebauungsplan Nr. 130 „Eichwerderring“ – Bericht über die früh-
zeitige Bürger- und Behördenbeteiligung**

Frau Oehler kritisiert, dass die schriftlichen Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange in der Informationsvorlage nicht enthalten sind.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnisse der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung in den Synopsen vom 05.09.2009 und 15.10.2009 zur Kenntnis.

TOP 10:

Frau Dr. Pischel teilt mit, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen.

10.1 Herr Zinn bittet, dass die Pressemitteilung „ver.di zwingt Stadt zu betriebsbedingten Kündigungen“ vom 20.11.2009 zum Tarifkonflikt Bestandteil der Niederschrift wird (**Anlage 10**).

Herr Zinn teilt mit, dass er sich aufgrund der Pressemitteilung an den Landesbezirk und an den Bundesverband ver.di gewandt hat. Er weist darauf hin, dass für ihn die Pressemitteilung Maßstab zur Bewertung einer Verschleppungstaktik ist, die aufhören muss und beide Seiten an den Tisch kommen müssen. Er fragt, warum nicht zeitnah beim ver.di Fachbereichsvorstand, dem bis vor kurzem Frau Bunge angehörte, das Problem vorgetragen wurde. Das können viele nicht nachvollziehen. Er hofft, dass nach den Gesprächen am 30.11.2009 beide Seiten klare Signale an die Bevölkerung und die Mitarbeiter/innen geben. Das wäre für Eberswalde gut, wenn man sagen könnte, dass im 20. Jahr der Deutschen Einheit, die Ost-West-Angleichung Eberswalde führend vorangeht.

Herr Zinn erklärt, dass es noch andere Alternativen und kreative Modelle zu Kosteneinsparungen im positiven Sinne gibt, als betriebsbedingte Kündigungen vorzunehmen.

Im Hinblick auf die Thematik MAE-Kräfte informiert Herr Zinn darüber, dass er im Rahmen seines Beitrages als Ortsvorsteher dieses Themenfeld aufgegriffen hat. Er schätzt die ausgeführten Arbeiten der dort eingesetzten Arbeitskräfte als gut ein. Grundsätzlich stellt er richtig, dass er diese Arbeitsgelegenheiten nicht befürwortet.

Herr Gatzlaff bekräftigt, dass die Verwaltung ein großes Inte-

resse daran hat, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Er als Vertreter der Arbeitgeberseite kann nicht die Gewerkschaft dazu bewegen, welches Gremium sich damit zu befassen hat. Die Verwaltungsspitze hat sich gemeinsam mit dem Personalrat am 04.11.2009 noch einmal an die Gewerkschaft ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg gewandt, mit der dringenden Bitte, ein Gespräch führen zu können. Die Entscheidung, die fehlende Summe von 650 T€ zur Verfügung zu stellen, trägt die Stadtverordnetenversammlung und aus diesem Grunde erfolgt seitens der Verwaltung eine umfassende Information an die Stadtverordneten.

10.2 Herr Lux appelliert an die Stadtverwaltung, insbesondere an den Bürgermeister, als Dienstvorgesetzter, dass Aussagen zur Aufforderung der Gewerkschaftsmitglieder, aus der Gewerkschaft auszutreten, künftig unterlassen werden, da diese völlig unakzeptabel sind.

10.3 Herr Dr. Steiner bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Gatzlaff hinsichtlich der Arbeitszeitreduzierung bzw. Entgeltreduzierung um 5 %, die auch für Herrn Gatzlaff zutreffen und führt aus, dass sich diese Reduzierung für ihn nicht so gravierend auswirkt, wie bei einem Sachbearbeiter mit einer kleineren Entgeltgruppe. Er ist außerdem der Meinung, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit für alle Mitarbeiter/innen der Verwaltung nicht sinnvoll erscheint, da dadurch ein höheres Arbeitspensum von den Mitarbeiter/innen innerhalb kürzerer Zeit zu leisten ist.

10.4 Herr Triller gibt seinen Wortbeitrag schriftlich zur Niederschrift (**Anlage 11**).

Herr Boginski erklärt dass es für ihn besonders wichtig ist, dass alle Mitarbeiter/innen in diesen Prozess mit einbezogen werden. Die Mitarbeiter/innen werden durch den Personalrat vertreten. Zwischen Verwaltungsspitze und Personalrat besteht eine enge Zusammenarbeit. Es werden keine Entscheidungen ohne Personalrat getroffen. Herr Boginski weist darauf hin, dass es gesetzlich nicht möglich ist, dass Stadtverordnete über die Mitarbeiter/innen der Verwaltung entscheiden.

Herr Triller merkt an, dass es eine politische Entscheidung sei, wofür die Gelder (650 T€ für Lohn und Gehalt für die Mitarbeiter/innen der Verwaltung) ausgegeben werden, über die die Stadtverordneten befinden müssen.

Frau Bunge erklärt, dass die Verwaltungsspitze und der Personalrat alles dafür tun werden, dass keine betriebsbedingten Kündigungen durchgeführt werden. Dafür gibt es alternative Maßnahmen, die mit der Verwaltungsspitze noch diskutiert werden müssen.

10.5 Herr Dr. Spangenberg bezieht sich auf die Entwidmung des Friedhofes in Nordend und teilt mit, dass sich Angehörige einer Familie an ihn wandten. Sie stellten fest, dass der Grabstein auf dem Friedhof nicht mehr auffindbar sei. Er bittet darum, dass sich die Verwaltung mit der Familie in Verbindung setzt.

Die Verwaltung wird eine Prüfung vornehmen.

10.6 Herr Blumenkamp gibt seine Anfragen schriftlich zur Niederschrift (**Anlage 12**) und bittet um eine schriftliche Beantwortung.

10.7 Frau Oehler bezieht sich auf die durchgeführte Vermessung der Eichwerderstraße und übergibt dem Bürgermeister ein Protokoll (**Anlage 13**).

10.8 Herr Kuchenbecker bezieht sich auf die Tiefbauarbeiten in Höhe Wolfswinkel/Chemische Fabrik und fragt, ob bei der Wiederherstellung der Straße der Gehweg wieder hergestellt wird. Herr Götze teilt mit, dass der Gehweg selbstverständlich wieder hergerichtet wird.

TOP 11:

ABPU am 10.11.2009

Herr Sachse, Vorsitzender, berichtet über die Informationsvorlagen und behandelten Beschlussvorlagen.

ABJS am 11.11.2009

Herr Hoeck, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

FA am 12.11.2009

Herr Sponner, Vorsitzender, informiert über die behandelten Beschlussvorlagen.

AKSI am 17.11.2009

Frau Röder, Vorsitzende, berichtet über die behandelten Beschlussvorlagen.

RPA am 18.11.2009

Herr Blumenkamp, Vorsitzender, berichtet über den behandelten Schlussbericht zur Jahresrechnung.

HA am 19.11.2009

Herr Boginski, Vorsitzender, informiert über die behandelten Beschlussvorlagen.

TOP 12:

Frau Dr. Pischel teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE vorschlägt, Herrn Horst Weingart in den Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration zu berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Fraktion DIE LINKE schlägt vor, Herrn Michael Peukert aus dem Finanzausschuss abzubrufen und dafür Herrn Martin Mischel in den Finanzausschuss zu berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die SPD-Fraktion schlägt vor, Herrn Uwe Ebert in den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt zu berufen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:	Beschluss-Nr.: 13-152/09
-----------------------	---------------------------------

I.
Die Stadtverordnetenversammlung beruft nachstehende sachkundige Einwohner/innen aus den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde ab

1. Finanzausschuss

Herrn Michael Peukert DIE LINKE

II.
Die Stadtverordnetenversammlung beruft nachstehende sachkundige Einwohner/innen in die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

1. Finanzausschuss

Herrn Martin Mischel DIE LINKE

2. Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt

Herrn Uwe Ebert SPD

3. Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration

Herrn Horst Weingart DIE LINKE

TOP 13:

Frau Dr. Pischel informiert, dass der Seniorenbeirat schriftlich darum bat, die Wahl von Frau Renate Kuhlmann als Mitglied in den Seniorenbeirat durch die Stadtverordnetenversammlung vorzunehmen.

Der Seniorenbeirat führt als Begründung an, dass mit der Aufnahme von Frau Kuhlmann in den Seniorenbeirat ein Mitglied vertreten wäre, das durch seine logische und zielgerichtete Denkweise eine große Bereicherung und somit Unterstützung für den Beirat wäre.

Abstimmung, ob die Wahl durch Abstimmung erfolgen kann: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-153/09

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt Frau Renate Kuhlmann als Mitglied in den Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde.

TOP 14:

Frau Dr. Pischel informiert, dass das Kinder- und Jugendparlament schriftlich darum bat, dass

1. Frau Franziska Wickert
2. Herr Arthur Zeller
3. Frau Amanda Schibilski und
4. Frau Vivien Lange

aus dem Kinder- und Jugendparlament zur Abwahl gestellt werden.

Als Gründe führt das Kinder- und Jugendparlament an, dass alle Personen bis jetzt auf keiner Mitgliederversammlung und auch auf postalischem Weg nicht zu erreichen waren. Gleichzeitig blockieren sie Plätze für neue Mitglieder und Kandidaten, die gerne mitarbeiten möchten. Der Wunsch der Mitarbeit im Kinder- und Jugendparlament ist nicht zu erkennen.

Frau Dr. Pischel übergibt das Wort an Herrn Blum.

Herr Blum erklärt, dass am 28.10.2009 mit den genannten Personen ein Gespräch geführt wurde. In dem Gespräch teilten die Personen mit, dass aus schulischen und zeitlichen Gründen eine Mitarbeit nicht möglich ist und der Abbestellung zustimmen.

Frau Dr. Pischel übergibt das Wort an Herrn Segebarth.

Herr Segebarth führt aus, dass ein schriftlicher Rücktritt in der Verwaltung nicht eingegangen ist. Er erklärt, dass eine Abwahl mittels Stimmzettel möglich ist, diese kann nicht im Block erfolgen.

Die Stadtverordneten werden alphabetisch aufgerufen, um den Stimmzettel in Empfang zu nehmen und in der Wahlkabine zu wählen.

Es erfolgt die Auszählung der Stimmen.

Frau Dr. Pischel gibt das Wahlergebnis bekannt.

Alle zur Abwahl stehenden Personen erzielten das nachfolgende Ergebnis: 28 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

Das Kinder- und Jugendparlament der Stadtverordnetenversammlung

schlägt vor,

1. Herrn Gordon Eule und
2. Herrn Johannes Danieljan

als Mitglieder in das Jugendparlament zu wählen.

Abstimmungsergebnis, ob eine Abstimmung im Block erfolgen soll:
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-154/09

I.

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt nachstehende Mitglieder des Kinder- und Jugendparlamentes der Stadt Eberswalde

1. Frau Franziska Wickert
2. Herrn Arthur Zeller
3. Frau Amanda Schibilski
4. Frau Vivien Lange

ab.

II.

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt nachstehende Personen als Mitglieder des Kinder- und Jugendparlamentes der Stadt Eberswalde

1. Herrn Gordon Eule
2. Herrn Johannes Danieljan

TOP 15:

Frau Dr. Pischel informiert, dass die Fraktion DIE LINKE mitteilte, dass Herr Jörg Schneidereit aus dem Zoobeirat abberufen und Herr Volker Passoke als Mitglied in den Zoobeirat berufen werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-155/09

I.

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt Herrn Jörg Schneidereit als Mitglied des Zoobeirates ab.

II.

Die Stadtverordnetenversammlung bestellt Herrn Volker Passoke als Mitglied in den Zoobeirat.

TOP 16:

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 17:

TOP 17.1:

Vorlage: BV/294/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: Fraktion GRÜNE/B90,
Fraktion Die Fraktionslosen

Besetzung der Aufsichtsräte in den städtischen Unternehmen

Frau Dr. Pischel teilt mit, dass sich durch die Auflösung der Fraktion Freie Wähler das Stärkeverhältnis der Fraktionen geändert hat. Mit der Beschlussvorlage haben die Fraktionen GRÜNE/B90 und Die Fraktionslosen einen Antrag nach § 41 Abs. 6 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) für die Neubesetzung der Aufsichtsräte TWE und WHG gestellt.

Die Fraktion DIE LINKE stellt ebenfalls den Antrag nach § 46 Abs. 6 BbgKVerf.

Aufgrund dessen wurde die Neuberechnung der Aufsichtsratssitze nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren vorgenommen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Fraktion DIE LINKE für den Aufsichtsrat WHG mbH (10 Sitze) einen zusätzlichen Sitz erhält.

Frau Dr. Pischel fragt die Fraktion DIE LINKE, ob sie einen Kandidatenvorschlag unterbreiten möchte.

Herr Sachse erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE den offenen Sitz besetzen wird, aber zum heutigen Zeitpunkt keinen Kandidatenvorschlag unterbreitet.

Frau Dr. Pischel fragt alle Fraktionsvorsitzenden, ob die bis dato bestellten Aufsichtsratsmitglieder ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der WHG mbH fortsetzen sollen.

Die Fraktionsvorsitzenden stimmen dem zu.

Für den Aufsichtsrat der TWE GmbH (6 Sitze) konnte im Ergebnis festgestellt werden, dass zwischen den Fraktionen GRÜNE/B90 und Die Fraktionslosen ein Losentscheid vorzunehmen ist.

Der Losentscheid wird durchgeführt.

Herr Schubert, 1. stellvertretender Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung teilt mit, dass die Fraktion Die Fraktionslosen einen Sitz erhält.

Frau Dr. Pischel fragt die Fraktionen DIE LINKE, FDP/Bürgerfraktion Barnim, SPD und CDU, ob die bis dato bestellten Auf-

sichtsratsmitglieder ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der TWE GmbH fortführen sollen.

Die Fraktionsvorsitzenden stimmen dem zu.

Frau Dr. Pischel verliest den Beschlussvorschlag:

1. Aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 Brandenburgische Kommunalverfassung berührt und der vorliegenden Anträge der Fraktionen GRÜNE/B90, Die Fraktionslosen und DIE LINKE auf Neubesetzung des Aufsichtsrates der WHG mbH und des Aufsichtsrates der TWE GmbH mit folgender Sitzverteilung neu zu besetzen:

1.1 Aufsichtsrat WHG mbH (10 Sitze):

DIE LINKE	3 Sitze
FDP/Bürgerfraktion Barnim	2 Sitze
SPD	2 Sitze
CDU	1 Sitz
GRÜNE/B90	1 Sitz
Die Fraktionslosen	1 Sitz

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1.2 Aufsichtsrat TWE GmbH (6 Sitze):

DIE LINKE	2 Sitze
FDP/Bürgerfraktion Barnim	1 Sitz
SPD	1 Sitz
CDU	1 Sitz
Die Fraktionslosen	1 Sitz

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

2. Die Stadtverordnetenversammlung bestellt auf Vorschlag der Fraktionen gemäß § 41 Abs. 1 und 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung ab 01.12.2009 nachstehende Mitglieder in die Aufsichtsräte der WHG mbH und TWE GmbH:

2.1 Aufsichtsrat WHG mbH:

Fraktion	Name, Vorname
1. DIE LINKE	Herrn Sachse, Wolfgang
2. DIE LINKE	Herrn Sponner, Gottfried
3. DIE LINKE	
4. FDP/Bürgerfraktion Barnim	Herrn Naumann, Ingo
5. FDP/Bürgerfraktion Barnim	Herrn Herrmann, Götz
6. SPD	Herrn Lux, Hardy
7. SPD	Herrn Kuchenbecker, Arnold
8. CDU	Herrn Blumenkamp, Hans-Joachim
9. GRÜNE/B90	Herrn Fennert, Andreas
10. Die Fraktionslosen	Herrn Loose, Reimer

Der dem Vorschlagsträger DIE LINKE vorbehaltene Aufsichtsrats-sitz wird zu einem späteren Zeitpunkt besetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Für den Sitz im Aufsichtsrat der TWE GmbH schlägt die Fraktion Die Fraktionslosen Herrn Dr. Günther Spangenberg vor.

2.2 Aufsichtsrat TWE GmbH:

Fraktion	Name, Vorname
1. DIE LINKE	Herrn Passoke, Volker
2. DIE LINKE	Herrn Zinn, Carsten
3. FDP/Bürgerfraktion Barnim	Herrn Hoeck, Martin
4. SPD	Frau Röder, Angelika
5. CDU	Herrn Eydam, Christoph
6. Die Fraktionslosen	Herrn Dr. Spangenberg, Günther

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext: **Beschluss-Nr.: 13-156/09**
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 Brandenburgische Kommunalverfassung berührt und der vorliegenden Anträge der Fraktionen GRÜNE/B90, Die Fraktionslosen und DIE LINKE auf Neubesetzung des Aufsichtsrates der WHG mbH und des Aufsichtsrates der TWE GmbH mit folgender Sitzverteilung neu zu besetzen:

1.1 Aufsichtsrat WHG mbH (10 Sitze):

DIE LINKE	3 Sitze
FDP/Bürgerfraktion Barnim	2 Sitze
SPD	2 Sitze
CDU	1 Sitz
GRÜNE/B90	1 Sitz
Die Fraktionslosen	1 Sitz

1.2 Aufsichtsrat TWE GmbH (6 Sitze):

DIE LINKE	2 Sitze
FDP/Bürgerfraktion Barnim	1 Sitz
SPD	1 Sitz
CDU	1 Sitz
Die Fraktionslosen	1 Sitz

2. Die Stadtverordnetenversammlung bestellt auf Vorschlag der Fraktionen gemäß § 41 Abs. 1 und 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung ab 01.12.2009 nachstehende Mitglieder in die Aufsichtsräte der WHG mbH und TWE GmbH:

2.1 Aufsichtsrat WHG mbH:

Fraktion	Name, Vorname
1. DIE LINKE	Herrn Sachse, Wolfgang
2. DIE LINKE	Herrn Sponner, Gottfried
3. DIE LINKE	
4. FDP/Bürgerfraktion Barnim	Herrn Naumann, Ingo
5. FDP/Bürgerfraktion Barnim	Herrn Herrmann, Götz
6. SPD	Herrn Lux, Hardy
7. SPD	Herrn Kuchenbecker, Arnold
8. CDU	Herrn Blumenkamp, Hans-Joachim
9. GRÜNE/B90	Herrn Fennert, Andreas
10. Die Fraktionslosen	Herrn Loose, Reimer

Der dem Vorschlagsträger DIE LINKE vorbehaltene Aufsichtsrats-sitz wird zu einem späteren Zeitpunkt besetzt.

2.2 Aufsichtsrat TWE GmbH:

Fraktion	Name, Vorname
1. DIE LINKE	Herrn Passoke, Volker
2. DIE LINKE	Herrn Zinn, Carsten
3. FDP/Bürgerfraktion Barnim	Herrn Hoeck, Martin
4. SPD	Frau Röder, Angelika
5. CDU	Herrn Eydam, Christoph
6. Die Fraktionslosen	Herrn Dr. Spangenberg, Günther

TOP 17.2:

Vorlage: BV/287/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 17 - Steuerungsdienst

Veränderung der Gebührenstruktur beim Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde

Herr Triller gibt seinen Wortbeitrag schriftlich zur Niederschrift (**Anlage 14**).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-157/09

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA) am 09. Dezember 2009 den auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2010 ermittelten Gebührensätzen ab 01. Januar 2010, die die Veränderungen im Bereich der Gebührenstruktur berücksichtigen, sowie den sich daraus ergebenden Satzungsänderungen mit der Änderung bei der Trinkwasserversorgung, dass die Mengengebühr von 1,25 € auf 1,20 € zu reduzieren ist, zuzustimmen.

TOP 17.3:

Vorlage: BV/281/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2010

Frau Dr. Pischel teilt mit, dass die Haushaltssatzung am 29.10.2009 an alle Stadtverordneten versandt wurde.

Weiterhin informiert Frau Dr. Pischel, dass im ABPU am 10.11.2009 eine 1. Lesung stattgefunden hat. Es wurde vereinbart, eine Sondersitzung des ABPU einzuberufen.

Im ABJS am 11.11.2009, im FA am 12.11.2009, im AKSI am 17.11.2009 und im HA am 19.11.2009 fand eine 1. Lesung statt.

Herr Sachse führt aus, dass keine Sondersitzung bzw. Informationsveranstaltung des ABPU stattgefunden hat.

Herr Triller gibt die Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Fraktion Die Fraktionslosen schriftlich zur Niederschrift (**Anlage 15**).

TOP 17.4:

Vorlage: BV/270/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Vergnügungssteuersatzung der Stadt Eberswalde

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-158/09

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Vergnügungssteuersatzung der Stadt Eberswalde.

TOP 17.5:

Vorlage: BV/272/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 61 - Stadtentwick-
lungsamt

**Satzung zur Aufhebung der Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB
für das Stadtzentrum von Eberswalde vom 20.11.1997**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-159/09

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 2 beigefügte Satzung zur Aufhebung der „Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB für das Stadtzentrum von Eberswalde vom 20.11.1997“.

TOP 17.6:

Vorlage: BV/255/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 61 - Stadtentwick-
lungsamt

**Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Umlegungsaus-
schusses der Stadt Eberswalde - Entschädigungssatzung für den
Umlegungsausschuss -**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-160/09

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Eberswalde
- Entschädigungssatzung für den Umlegungsausschuss -.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Ziffern 3 und 4 des Beschlusses 13-266/94 der Stvv vom 15.12.1994 und der Beschluss 16-322/95 der Stvv vom 18.02.1995 werden aufgehoben.

TOP 17.7:

Vorlage: BV/273/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 61 – Stadtentwick-
lungsamt

Bebauungsplan Nr. 134/1 "Töpferstraße" - Behandlung der Stellungnahmen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-161/09

Über die abgegebenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 134/1 „Töpferstraße“ wird entsprechend den in der beigefügten Synopse des Stadtentwicklungsamtes vom 24.08.2009 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Bürger, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes ist entsprechend dem Abwägungsergebnis zu ändern.

TOP 17.8:

Vorlage: BV/275/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 61 – Stadtentwick-
lungsamt

Bebauungsplan Nr. 608 "Märkische Heide I" - Aufhebung des Einleitungsbeschlusses des 2. Änderungsverfahrens - Einleitung des 3. Änderungsverfahrens

Frau Dr. Pischel erklärt, dass im Ergebnis der Beratung im ABPU am 10.11.2009 Ergänzungsseiten mit den Sitzungsunterlagen an alle Stadtverordneten zugesandt wurden.

Herr Triller stellt den Antrag, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages gesondert abzustimmen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Herrn Triller: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 13-162/09**

1. Der Beschluss zur Einleitung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 608 „Märkische Heide I“ (Beschluss-Nr. 8-108/04 vom 24.06.2004) wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufhebung des Einleitungsbeschlusses zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 608 „Märkische Heide I“ ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Einleitung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 608 „Märkische Heide I“ gem. § 2 Abs. 1 i. V. m § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen. Mit der 3. Bebauungsplanänderung soll die Ausweisung von ursprünglich Einzel- und Doppelhäuser in eine Reihenhausbauung entlang der Eberswalder Straße geändert werden. Der immissionsschutzrechtliche Konflikt an der Eberswalder Straße muss planerisch gelöst werden. Zum Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 608 „Märkische Heide I“ – 1. Änderung gehören folgende Flurstücke:

Gemarkung Finow, Flur 1, Flurstücke 1247, 1248 und 1310

Der Übersichtsplan (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Beschlusses.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einleitung der 3. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 608 „Märkische Heide I“ ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 17.9:**Vorlage:** BV/285/2009Einreicher/
zuständigeDienststelle: 61 – Stadtentwick-
lungsamt**Projekt am Standort - Puschkinstraße 13 - Beschluss über die Finanzierung der Kita**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 13-163/09**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt

- 1) dem Antrag auf außerplanmäßige Mittel im Haushalt 2009 für die Finanzierung des Vorhabens „Kindertagesstätte Bürger-Bildungs-Zentrum – Puschkinstraße 13“ Haushaltsstelle 61506.95000 in Höhe von 618.889 € (Eigenmittel: 61.889 €) aufzunehmen,

zu.

- 2) Der Bürgermeister wird beauftragt, in den Haushaltsentwurf 2010 für die Haushaltsstelle 61506.95000 einen Haushaltsan-satz in Höhe von 896.200 € (Eigenmittel: 89.620 €)

und

- 3) Der Bürgermeister wird beauftragt, in den Haushaltsplanentwurf 2010 eine Verpflichtungsermächtigung für 2011 in der Haushaltsstelle 61506.95000 in Höhe von 285.000 € (Eigenmit-tel 28.500 €) aufzunehmen.

TOP 17.10:

Vorlage: BV/284/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 40 - Amt für Bildung,
Jugend und Sport

Projekt am Standort Puschkinstraße 13 - Beschluss über die Vor-zugsvariante

Herr Lux erklärt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage mit der Maßgabe zustimmen wird, dass bis zum Umzug ein schlüs-siges Personalkonzept für die Bibliothek erstellt wird.

Herr Eydam bittet die Verwaltung um die Erstellung einer Auf-listung über Räumlichkeiten, ganz gleich in welcher Träger-schaft sie sich befinden und zu welchen Konditionen zur Verfü-gung stehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-164/09

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Projekt am Standort Puschkinstraße 13, Bibliothek, Bürgerbildungszentrum und Kin-dertagesstätte, mit der Variante 4 als Vorzugsvariante zu und ermächtigt die Verwaltung, die weiteren Planungen zu beauftra-gen.

Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Haushalt 2010.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsmittel gemäß Anla-ge 2 im Investitionsprogramm des Haushaltes 2010 zu berücksich-tigen.

TOP 17.11:

Vorlage: BV/271/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 61 – Stadtentwick-
lungsamt

**Fortschreibung des Integrierten programmübergreifenden Stadt-
teilentwicklungskonzeptes für das Brandenburgische Viertel
(IPStEK 2009)**

Herr Lux regt an, dass nach Auslaufen der Förderprogramme bzw. Umsetzung der Vorhaben eine entsprechende zeitnahe Information an die Stadtverordneten erfolgen sollte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-165/09

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Integrierte programmübergreifende Stadtteilentwicklungskonzept (IPStEK) für das Brandenburgische Viertel –Fortschreibung 2009–.

TOP 17.12

Vorlage: BV/282/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 20 – Kämmerei

**Umsetzung der Vereinbarung über die den Zoologischen Garten E-
berswalde betreffende Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis
Barnim und der Stadt Eberswalde – Haushaltsplan 2010**

Im Ergebnis der Beratung des Zoobeirates am 11.11.2009 sind entsprechende Austauschseiten am 20.11.2009 an alle Stadtverordneten versandt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-166/09

1. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die beigefügte Aufstellung aller voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres 2010, welche dem Zoo Eberswalde haushaltsseitig zugeordnet sind.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Landkreis Barnim den Beschluss einschließlich der Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben zu übersenden.

TOP 17.13:**Vorlage:** BV/289/2009**Einreicher/
zuständige****Dienststelle:** Fraktion FDP/Bürger-
fraktion Barnim**Rabattmaßnahmen im Zoo**

Im Ergebnis der Beratung des Zoobeirates wurde eine Austauschseite mit den Sitzungsunterlagen an alle Stadtverordneten versandt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 13-167/09**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Dem am 25.10.2007 gefassten Beschluss 42-548/07 zu den Eintrittspreisen im Zoologischen

Garten Eberswalde werden die folgenden drei Punkte angefügt:

1. Bei Maßnahmen (z. B. Rabatt- und Werbeaktionen) durch die eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Zoos erreicht werden kann, wird die Verwaltung ermächtigt, die regulären Eintrittspreise um bis zu 34 % zu reduzieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Zoobeirat über getroffene Maßnahmen gemäß vorgenanntem Punkt zu informieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zum Ende des Jahres 2010 dem Zoobeirat eine Auswertung hinsichtlich der Auswirkungen der Rabattmaßnahmen vorzulegen.

TOP 17.14**Vorlage:** BV/231/2009**Einreicher/
zuständige****Dienststelle:** 41 - Kulturamt**Kulturkonzeption**

Im Ergebnis der Beratung im HA am 19.11.2009 wurde ein Austauschblatt vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 13-168/09**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das als Anlage beigefügte Kulturkonzept Eberswalde 2009 mit seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung und seinen Maßnahmen. Die Entscheidungen von Politik und Verwaltung die Kultur betreffend, müssen fortan den Leitlinien der Konzeption entsprechen.

TOP 17.16:

Vorlage: BV/296/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim,
Fraktion Die Fraktionslosen

Erdverkabelung der "Uckermarkleitung" im Gebiet der Stadt Eberswalde

Herr Eydam schlägt vor, die Beschlussvorlage in den Hauptausschuss zurückzuverweisen und eine Behandlung im ABPU, evtl. unter dem TOP „Sonstiges“, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis auf Zurückverweisung in den Hauptausschuss: mehrheitlich zugestimmt

TOP 17.17:

Vorlage: BV/295/2009

**Einreicher/
zuständige**

Dienststelle: 23.1 – SG Facility-Management

Lieferung elektrischer Energie

Herr Bessel teilt mit, dass das fehlende Prüfergebnis zur Beschlussvorlage des Rechnungsprüfungsamtes der Niederschrift beigelegt wird (**Anlage 16**).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 13-170/09

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Vergabevorschlag für die Lieferung der elektrischen Energie für Sondertarifabnehmer in Höhe von einem Bruttojahrespreis von ca. 28.912 € für das Rathaus und ca. 34.800 € für die Hauptfeuerwache zu.

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Zuschlag an die Lichtblick AG, Zirkusweg 6, 20359 Hamburg zu erteilen.

Gemäß § 3 Absatz 6 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde stellt Frau Dr. Pischel zur Abstimmung, ob die Sitzung fortgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Frau Dr. Pischel beendet die öffentliche Sitzung um 22.02 Uhr.

Dr. Pischel
Vorsitzende der
Stadtverordnetenver-
sammlung

Schilling
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 9 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Bürgermeister**
Friedhelm Boginski
- **DIE LINKE**
Sabine Büschel
Volker Passoke
Hans Pieper
Dr. Ilona Pischel
Wolfgang Sachse
Jörg Schneidereit
Gottfried Sponner
Sabine Stüber anwesend ab 20:10 Uhr
Carsten Zinn anwesend ab 18:29 Uhr
- **FDP/Bürgerfraktion Barnim**
Frank Banaskiewicz
Ronny Hartmann
Götz Herrmann
Martin Hoeck
Conrad Morgenroth
Ingo Naumann
Ingo Postler
Götz Trieloff
- **SPD**
Dr. med. Christel Brauns entschuldigt
Birka Gaebel entschuldigt
Arnold Kuchenbecker
Hardy Lux
Angelika Röder
Eckhard Schubert
- **CDU**
Hans-Joachim Blumenkamp
Christoph Eydam
Uwe Grohs entschuldigt
Monique Schostan
- **Grüne/B90**
Nicky Nerbe

Karen Oehler
Dr. Andreas Steiner

- **Die Fraktionslosen**
Günter Schumacher
Dr. Günther Spangenberg
Albrecht Triller
- **fraktionslos**
Jürgen Kumm
Dr. Hans Mai
Andreas Wutskowsky entschuldigt
- **Ortsvorsteher/in**
Werner Jorde
- **Dezernenten**
Bellay Gatzlaff
Lutz Landmann
- **komm. Leiter des Baudezernates**
Udo Götze
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Alexander Blum
Peter Kikow
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Barbara Bunge anwesend ab 19:30 Uhr
Robby Segebarth
Britta Stöwe
Bert Bessel
Siegfried Dombrowski
Dr. Stefan Neubacher
- **Gäste**
Herr Hein
Herr Lux